

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Dresden 1530.  
Telefon:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 178.

Mittwoch, 2. August 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Bestellungsart: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendetwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der beispiellose Korruptionsstandal beim Mitteldeutschen Rundfunk.

### Skandale und kein Ende.

#### Die Reinigungsaktion im Rundfunk.

Am Montag wurde bekannt, daß eine ganze Anzahl bisher leitender Angestellter der Reichsrundfunkgesellschaft fristlos entlassen werden müssen. Diese Maßnahme wurde zunächst damit begründet, daß die betroffenen Persönlichkeiten sowohl als sachlich unpassend, als auch politisch unzuverlässig befunden worden seien. Die Entlassung war aber, wie sich inzwischen herausgestellt hat, leider auch aus anderen Gründen durchaus notwendig geworden und angebracht, und zwar darum, weil die Gelder des Rundfunks in weitgehendem Maße für private Zwecke besonders exponierter Rundfunkprominenten verbraucht worden sind. Die Veröffentlichung über die Zustände beim Mitteldeutschen Rundfunk (Mirag-Leipzig) beispielsweise sprechen Bände. Es ist wohl noch in keinem Lande und unter keinem System, außer in Deutschland unter dem Weimarer Regime, der Fall gewesen, daß hochbezahlte leitende Angestellte einer Gesellschaft, die von den Beiträgen der Allgemeinheit lebt, sich die Hälfte der Prämientoken für hohe Lebensversicherungen von der Gesellschaft bezahlen läßt. So ist die Frage zulässig, ob sie bränt sich geradezu auf, wie solches möglich gewesen ist. Man sieht im Mirag-Skandal auf Vorkänge und Erbsinnungen, die im großen und ganzen schon aus früher entdeckten Korruptionsfällen der Weimarer Ära bekannt sind. Auch der frühere Berliner Oberbürgermeister Dr. Vöhs, dessen Einkommen vielfach dasjenige eines Ministers überstiegt, hatte die Gemohnheit angenommen, die Kosten für die Unterhaltung seiner und seiner Angehörigen auf die Allgemeinheit abzuwälzen. In einer Zeit, da Millionen Deutsche überhaupt ohne jedes Arbeitseinkommen waren und, wie jetzt festgestellt worden ist, dürftiger leben mußten, als die Junker von Straßburg; in einer Zeit, da weitere Millionen von Deutschen durch ihre Arbeit nur so viel verdienen, daß sie sich und ihre Familie eben durchbringen konnten, nehmen hochgehaltene Träger des alten Staates feinerlei Anstoß daran, zur Unterhaltung ihrer persönlichen Neigungen Gelder in Anspruch zu nehmen, die aus öffentlichen Quellen fließen, die eine zweckmäßigere Verwendung hätten finden können und müssen, und das, obwohl sie in ihrem Einkommen so gestellt waren, daß sie von diesem mehr als bequem leben können.

Als nach der nationalen Revolution die neue Regierung daran ging, mit eifrigem Eifer unter den Vertretern des untergegangenen Systems aufzuräumen, mag der Eine oder Andere der Ansicht gewesen sein, daß hier des Guten zu viel geschehe. Inzwischen aber bringt jeder neue Tag Enthüllungen, die uns zeigen, wie nach jeder Hinsicht hin das starke Vorgehen der neuen Männer berechtigt war. Jenes System, dessen endgültiger Zusammenbruch am 30. Januar festgelegt war, verbiente in der Tat kein besseres Schicksal; wenn es unter seinen Trümmern den Einen oder Anderen mit begraben haben sollte, der sich unglücklich fühlt, so ändert das doch nichts daran, daß das deutsche Volk nunmehr nach der großen Reinigungsaktion freier aufatmen kann.

### Unglaubliche Verfehlungen bei der Mirag.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Im Anschluß an den Abbau der Ueberorganisation in den deutschen Rundfunkgesellschaften und den damit im Zusammenhang stehenden Liquidationen von leitenden Angestellten der Reichsrundfunkgesellschaft ist es gelungen, in dem Zimmer eines bisherigen Direktors ein Geheimfach zu entdecken, in dem außerordentlich wichtiges belastendes Material für die korrupte Geschäftsführung des alten Systemrundfunks und seines Direktors Dr. Magnus gefunden wurde.

Für die Korruption des alten Systemrundfunks liegen folgende Beweise vor in dem jetzt abgeschlossenen Untersuchungsprotokoll des Mitteldeutschen Rundfunks (Mirag Leipzig). So wurde die geradezu ungeheuerliche Tatsache von den heute verantwortlichen Stellen entdeckt, daß die leitenden Angestellten der Mirag in eine Lebensversicherung eingekauft waren, deren Prämientoken zur Hälfte die Gesellschaft trug. Auf diese Weise waren von den jetzt entlassenen verantwortlichen Leitern der Mirag der Intendant Prof. Dr. Neubeck, seine kaufmännischen Direktoren Dr. Kohl und Dr. Jäger mit je 50 000 RM, ein vierter leitender Angestellter mit 30 000 RM und der Prokurist Raedel mit 20 000 RM versichert. Die Gesamtbelastung der Gesellschaft durch diese Lebensversicherungen betrug seit 1926 9—10 000 Reichsmark je Jahr. Natürlich galten diese Lebensversicherungen, die auf Kosten der Gesellschaft abgeschlossen wurden, nur für leitende Angestellte. Bei dieser Art an einseitiger Geschäftsmacherei enthält sich mit zynischer Offenheit der Mangel an sozialem Verständnis den mittleren und kleineren Angestellten gegenüber.

Man könnte sich fragen, wie es möglich war, daß dieses korrupte Verhalten der leitenden Herren der Mirag von den verantwortlichen Berliner Stellen nicht verhindert wurde. Die Antwort ist ziemlich klar, wenn man erfährt, daß sich die früheren Direktoren der Reichsrundfunk-Gesellschaft Dr. Magnus und Ministerialrat Giesche (sowie der ehemalige Rundfunkkommissar Dr. Bredow als Aufsichtsratsmitglieder der Mirag auf Kosten dieser Gesellschaft haben versichern lassen in einer Kollektiv-Unfallversicherung, obwohl sie gar nicht in Leipzig, sondern in Berlin wohnten. Der Zusammenhang mit der Mirag bestand lediglich darin, daß sie dort im Aufsichtsrat saßen und neben ihren Riefengebühren und sonstigen hohen Aufsichtsratsentlohnungen bis 1932 Sondervergütungen bis 4500 RM jährlich einstrichen.

Rur so war es auch möglich, daß die Mirag im Jahre 1932 ihrem einstigen kaufmännischen Direktor Dr. Jäger zur Zahlung einer Steuerstrafe ein Darlehen von 38 000 RM gewähren konnte. Die Rückzahlung dieses Darlehens fiel Dr. Jäger umso weniger schwer, als er sich durch Beteiligung an der offiziellen Programmzeitung der Mirag erhebliche Nebeneinkünfte sichern konnte. Durch das Darlehensgeschäft machte Dr. Jäger obendrein einen Zinsgewinn von 3—4000 RM.

Aber auch sonst verstanden es die leitenden Angestellten der Mirag, sich auf Kosten der Gesellschaft mit den Hörergeldern reichliche Sondervorteile zu verschaffen. Dies geschah unter anderem auf Konto „Repräsentationskosten“, worauf von den beiden Geschäftsführern Prof. Neubeck und Dr. Kohl erhebliche Summen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden und Künstlern angerechnet wurden; sie entsprangen zum erheblichen Teil einem völlig unangebrachten Reklamebedürfnis der genannten Herren.

Als beachtenswertes Beispiel unter Hunderten ähnlicher Postitionen seien aus den letzten drei Jahren folgende bemerkenswerte Repräsentationsausgaben verzeichnet:

- 3. Januar 1930 Teilnahme an einer Silvesterfeier im Kallertshof 288 RM; 17. Januar 1930 Teilnahme an einer Künstler-Redoute 270 RM; 21. Januar 1930 Essen mit dem Rundfunktenor Baumann 200 RM; 20. Februar 1930 Teilnahme am Funfball 310 RM; 4. März 1930 Essen mit Dr. Magnus und Ministerialrat Giesche 132 RM; 15. April 1930 Essen mit Staatssekretär Bredow, acht Personen 590 RM; 14. Juni 1930 Essen im Kurrestaurant Bad Lauchstädt RM 1200; 22. Oktober 1930 Rechnung Stadtfeld Leipzig RM 1000 u. a. m.

Ein besonderes Kapitel bei der Mirag sind ferner die sogenannten Reise liquidationen und Fahrtausgaben. Die Veranschlagung dieser Kosten geschah jahrelang in einer Form, die für die Herren Dr. Kohl und Prof. Neubeck ganz zweifellos ein zusätzliches Einkommen bedeutete. Veranschlagt wurden für Dienstreisen in den Jahren 1930: 48 678 RM; 1931: 46 352 RM; 1932: 20 211 RM. In der Hauptstadt wurden diese Reisen von Prof. Neubeck und Dr. Kohl liquidiert, die bis zum Jahre 1931 noch Reisegelder von 40 bis 50 RM täglich erhielten. Es war keine Seltenheit, daß Prof. Neubeck und Dr. Kohl in einem einzigen Monat an Tagegeldern über 1000 RM liquidierten. Eine Nachprüfung des Kontos „Reisekosten“ aus dem Jahre 1930 läßt gleichzeitig erkennen, daß Prof. Neubeck in den meisten Monaten höchstens zehn Tage in Leipzig anwesend war, was sich naturgemäß auf den ganzen Geschäftsbetrieb ungünstig auswirken mußte. Wenn auch für alle Fahrten eine dienstliche Begründung gegeben wurde, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß ein großer Teil der Reisen völlig überflüssig war und daß zahlreiche Fahrten zu reinen Privatzielen unternommen wurden. Es handelt sich hier um eine Verwischung öffentlicher Mittel in geradezu groteskem Maß.

Auch wurden mit den Reisekosten sehr häufig Repräsentationskosten sehr großen Umfangs verbunden. Ein typisches Beispiel hierfür sind die sogenannten „volkstündlichen“ Reisen mit den Mitgliedern des Kulturbeirats. Allen diesen Reisen gemeinsam war der Umstand, daß die Teilnehmer auf Kosten der Gesellschaft verpflegt und beherbergt wurden, trotzdem sie außer allen Fahrt- und sonstigen Ausgaben Tagegelder von 40—50 RM pro Tag erhielten. So belaufen sich die Kosten einer Reise — man bedenke! — von Leipzig nach Dresden und Schandau am 1. und 2. Juni 1930 mit dreizehn Teilnehmern auf 1345,50 RM, die Kosten einer Reise nach Eisenach am 10. und 11. Mai 1933 mit zwölf Teilnehmern auf 1710 RM. Es handelt sich hierbei um gänzlich unberechtigte zusätzliche Gratifikationen, die die Geschäftsführer Prof. Neubeck und Dr. Kohl den übrigen Reiseteilnehmern dadurch zubilligten, daß sie die Verpflegung und Unterbringung auf Kosten der Gesellschaft vornahmen.

Mit diesen Enthüllungen über den Leipziger Korruptionsstandal ist erst ein verschwindend kleiner Teil aus dem Korruptionsstump des Deutschen Rundfunks des November-Systems aufgedeckt worden. Mit Enthüllungen über weitere Korruptionsstandale ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Deutlich wird der deutschen Öffentlichkeit klar werden, wie notwendig die vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda angeordnete und mit aller Energie durchgeführte Säuberungsaktion des Deutschen Rundfunks, der nun endlich ein deutscher und nationalsozialistischer Rundfunk werden soll, war.

### Sadamovitch

#### über die aufgedeckte Korruption im Rundfunk.

Alfred Braun erhielt 64 000 Mark Gehalt.

\* München. Der neuernannte Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, Pa. Sadamovitch, sprach am Dienstag abend in einer öffentlichen Rundgebung im Hotel Wagner über das Thema: „Der Rundfunk im neuen Staat“. Vorher äußerte er sich gegenüber den Vertretern der Presse über den aufgedeckten Korruptionsstandal beim deutschen Rundfunk, wobei er u. a. feststellte, daß der sozialdemokratische Anführer der Berliner Rundfunk, Alfred Braun, ein Gehalt von 64 000 Mark bezogen habe. Der Berliner Edeljude Reich habe noch bis gestern 49 000 Mark bekommen. Auch andere Rundfunkgewaltige hätten Gehälter bezogen, die weit die Bezüge von Reichsministern überstiegen. Die zum Teil lebenslänglichen Verträge seien jetzt nicht nur annulliert worden, sondern man werde sogar noch Rückzahlungen verlangen. Es sei der persönliche Wunsch des Ministers Wobbe, daß mit diesen Ministergehältern und Rundfunkgehältern gründlich aufgeräumt werde. Wobbe habe ihm erklärt: „Rum räumen Sie aber rücksichtslos auf, daß nicht einmal mehr der Geruch in den Funkhäusern zurückbleibt“. Von den leitenden Angestellten seien 50 v. S. entlassen worden. Infolge der Verwaltungsvereinfachung brauchten Neueinstellungen für die Entlassenen nicht zu erfolgen. Dadurch würden im Rundfunk Millionen eingespart werden können. Diese Beträge sollen dem Aufbau unseres geistigen, künstlerischen und kulturellen Lebens zugute kommen.

Auf eine Anfrage erklärte Sadamovitch, daß eine Herabsetzung der Hörergebühren nicht in Frage komme. Die weitere Anfrage, ob auch der bayrische Rundfunk von den Korruptionsfällen berührt werde, beantwortete Sadamovitch dahin, daß dies nicht zuträffe.

### Großverdiener Alfred Braun.

Vom rücksichtslosen Gewinnstreben zur Aokerzelle.

Berlin. (Funkpost.) Jeder Tag fördert aus der Aktienkränkel der deutschen Rundfunkgesellschaften neues Belastungsmaterial zu Tage, das beweist, mit welcher Geisteslosigkeit die Gelder der Hörer veruntreut wurden. Aus der Sichtung des Materials wird immer wieder deutlich, wie sehr es die verantwortlichen Ponzen des Systemrundfunks verstanden, sich gegenseitig ihre Gehälter zu Millionen heranzukrauchen, um nicht zu sagen, heranzuschleichen, und sich gegenseitig mit aller unerbittlichen Großzügigkeit Sonderentlohnungen von beträchtlichen Ausmaßen zubilligten. An der Spitze dieser skandalösen Großverdiener marschiert unter anderem auch der sozialdemokratische Rundfunkreporter Alfred Braun.

Interessant ist, an Hand der Akten festzustellen, mit welcher Geschicklichkeit Alfred Braun von Monat zu Monat sich ein größeres Gehalt zu verschaffen verstand. Braun erhielt zunächst monatlich 1000 RM, drei Monate später 1500 RM, weitere drei Monate später 2500 RM. Und in dieser Form steigert sich das Einkommen bis durchschnittlich 4500 RM pro Monat, wofür er nur 9 Monate im Jahre für den Rundfunk arbeitete. Braun hat allein vom Rundfunk in den Jahren 1925—1928 rund 400 000 RM verdient.

Als ein Treppensitz der Weltgeschichte muß es anmuten, wenn Herr Alfred Braun in dem Augenblick, als nach der Akerzelle keine Position untragbar und er aus dem Rundfunk herausgetan wurde, in einem Schreiben an eine amtliche Stelle der Reichsrundfunkgesellschaft Mitteilung von seiner Abreise machte, in ein Kloster zu gehen. Bevor Alfred Braun diesen Schritt ausführte, wird es noch die Öffentlichkeit interessieren, welche Rolle er in dem Verfahren gegen den ehemaligen Rundfunkdirektor Rudolph spielt.